

NACHRICHTEN

Ermittlung in mehreren Ländern

GENÈVE: Gegen zwei frühere Verantwortliche des Konzerns Elf hat die Genfer Justiz internationale Haftbefehle erlassen. Es geht um den Verkauf der ostdeutschen Leuna-Minol an Elf Aquitaine. In der Affäre ermittelt die Genfer Justiz in mehreren Ländern. Im Visier sind die ehemaligen Kadermitglieder Hubert Le Blanc-Bellevaux und Alain Guillon. Sie werden gesucht wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Geldwäsche, wie am Dienstag aus Genfer Justizkreisen verlautete. Die verdächtigen Gelder sollen über die Schweiz geflossen sein.

Geiselnahme in Thailand beendet

BANGKOK: Bei der Befreiung von rund 500 Menschen aus der Gewalt einer birmanischen Rebellenarmee in der thailändischen Provinzhauptstadt Ratchaburi sind nach Angaben der thailändischen Behörden am Dienstag alle zehn Geiseln erschossen worden. Sie hatten ihre Opfer fast 24 Stunden lang in einem Krankenhaus festgehalten. Unter den Geiseln gab es nach den Angaben bei der Erstürmung des Spitals durch eine thailändische Spezialeinheit kei-



ne Opfer. Bei den Geiselnahmern handelte es sich um Rebellen, die der ethnischen Minderheit der Karen angehören und gegen die Militärjunta in Birma kämpfen. Nach thailändischen Angaben gehörten sie einer christlichen Miliz namens «Gottesarmee» an, die vor drei Jahren gegründet wurde. Wie der zuständige Polizeichef in Ratchaburi mitteilte, wurden neun Geiseln während des Einsatzes getötet. Der zehnte Kidnapper sei auf der Flucht erschossen worden. Birma hat die Geiselnbefreiung begrüßt. Thailands Regierung habe «entschieden gehandelt und seine Bürger vor den Gefahren des Terrorismus geschützt», hiess es am Dienstag in einer von den regierenden Militärs in Rangun vorbereiteten Erklärung.

Büro von Weizmans Anwältin durchsucht

JERUSALEM: Das Betrugsdezernat der israelischen Polizei hat am Dienstagabend das Büro einer Anwältin von Staatspräsident Ezer Weizman durchsucht und Akten beschlagnahmt. Wie das israelische Fernsehen berichtete, soll Hanina Brandes jahrelang das Geld verwaltet haben, das Weizman vom französischen Geschäftsmann Edouard Saroussi annahm. Das Betrugsdezernat ermittelt seit Sonntag gegen den Präsidenten. Die Fahnder sollen klären, ob Weizman Steuern hinterzog oder auch schwerwiegendere Vergehen beging. Das Staatsoberhaupt wird verdächtigt, in den 80er Jahren für eine fiktive Tätigkeit als Unternehmensberater Geld von Saroussi angenommen und sich im Gegenzug für dessen Interessen eingesetzt zu haben. Es ist das erste Mal in der Geschichte Israels, dass gegen einen Staatschef ermittelt wird. Wegen der gegen ihn erhobenen Vorwürfe verzichtete Weizman am Dienstag auf einen Teil seiner Amtsrechte. Einen Rücktritt lehnte er aber weiterhin ab.

Bessere Gesetze gegen Geldwäscherei

GENÈVE: Die Gesetze gegen Geldwäscherei müssen in der Schweiz verbessert werden. Dies erklärte Bundesrätin Ruth Metzler am Dienstag in Genf. Das seit knapp zwei Jahren gültige Gesetz gegen Geldwäscherei sei bisher insgesamt erfolgreich gewesen. Trotzdem müssten die geltenden Gesetzesbestimmungen weiter verbessert werden. Zu Liechtenstein erklärte Metzler, die dortigen Behörden seien sich durchaus im Klaren, dass im Bereich der Geldwäscherei ein «Handlungsbedarf» bestehe. Metzler nannte weiter als eine ihrer Prioritäten die Verstärkung der inneren Sicherheit in der Schweiz. Die Mittel im Kampf gegen die Kriminalität müssten verstärkt werden. Auch die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen in diesem Bereich müsse verbessert werden.

Haider bleibt in Kärnten

Regierungsbildung in Österreich: Gespräche zwischen FPÖ und ÖVP

WIEN: Die Freiheitliche Partei (FPÖ) des Rechtspopulisten Jörg Haider und die konservative Volkspartei (ÖVP) wollen die innenpolitische Pattsituation in Österreich beenden und eine Koalitionsregierung bilden.

Am Dienstagabend nahmen die Parteien in Wien ihre Verhandlungen auf. ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel erklärte vor den Gesprächen, er halte eine Einigung mit der FPÖ innerhalb etwa einer Woche für möglich. Die ÖVP gehe mit dem Ziel in die Verhandlungen, den Kanzler zu stellen.

FPÖ-Chef Jörg Haider sagte, er wolle sein Amt als Kärntner Landeshauptmann weiterführen und nicht der Regierung angehören. Die ÖVP und die FPÖ haben keinen offiziellen Auftrag zu Regierungsverhandlungen.

Den Auftrag von Präsident Thomas Klestil zur Regierungsbildung hat weiter der Vorsitzende der Sozialdemokraten (SPÖ), der amtierende Bundeskanzler Viktor Klima. Die SPÖ bemüht sich zurzeit weiter um die Bildung eines Minderheitskabinetts.

Neuwahlen möglich

Sollten die Verhandlungen scheitern, wären Neuwahlen die logische Folge, betonte Haider, dessen Partei nach jüngsten Meinungsumfragen an der Spitze der Wählergunst steht. Der ÖVP würden hingegen den Umfragen zufolge dramatische Stimmenverluste drohen.

Bundespräsident Klestil hatte am Freitag den Vorsitzenden der Sozi-



Jörg Haider (rechts) und der FPÖ-Generalsekretär Peter Westenthaler in Wien.

(Bild: Keystone)

aldemokraten (SPÖ) und amtierenden Bundeskanzler Viktor Klima mit der Bildung einer Minderheitsregierung beauftragt. Gleichtags waren die Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP über eine Fortsetzung der 13 Jahre alten Grossen Koalition gescheitert.

Obwohl ÖVP und FPÖ bereits kategorisch ausgeschlossen haben, eine Minderheitsregierung der SPÖ im Parlament zu unterstützen, will Klima seine Bemühungen in diese Richtung fortsetzen. «Ich habe den Auftrag vom Bundespräsidenten, und der ist nicht widerrufen», betonte Klima. Klima soll am Freitag dem Bundespräsidenten über das Ergeb-

nis seiner Gespräche mit den anderen Parlamentsparteien berichten.

Spannungen in der SPÖ

Unterdessen soll es nach österreichischen Medienberichten zu Spannungen innerhalb der SPÖ über den künftigen Kurs gekommen sein. Anlass waren Äusserungen des niederösterreichischen SPÖ-Chefs Karl Schlögl, die SPÖ solle in einen Dialog mit der FPÖ eintreten.

Bisher hatte Klima jede Zusammenarbeit mit Haider ausgeschlossen. Schlögl gilt bereits seit längerer Zeit als möglicher Nachfolger Klimas, sollte dieser zurücktreten.

Israels Justizminister Jossi Beilin

drohte im Radio, sein Land würde den Botschafter aus Wien abberufen, sollte Haider an der Regierung beteiligt werden. Der Jüdische Weltkongress kündigte an, bei Regierungsverantwortung der FPÖ die Beziehungen zu Österreich zu überdenken.

Widerstand

Auch die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Marie-Nolle Lienemann, rief zum Widerstand gegen eine Regierungsbeteiligung Haiders auf. Die EU könne es nicht zulassen, dass «die extreme Rechte» in Österreich an die Macht gelange, erklärte die Sozialistin.

Stipe Mesic hat Nase vorne

Kroatische Präsidentenwahl geht mit Oppositionssieg in zweite Runde

ZAGREB: Die Präsidentenwahl in Kroatien geht nach einer weiteren Niederlage der alten Regierungspartei HDZ mit zwei Politikern der Opposition in die Stichrunde. Ausblickreichster Kandidat ist der letzte Präsident des früheren Jugoslawiens, Stipe Mesic.

Er erhielt am Montag in der ersten Runde 41,11 Prozent der Stimmen, erreichte aber nicht die erforderliche Mehrheit von über 50 Prozent für einen Sieg im ersten Durchgang.

Der Sozialliberale Drazen Budisa liege mit 27,71 Prozent der Stimmen auf dem zweiten Platz, teilte die Wahlkommission am Dienstag in Zagreb nach der Auszählung von 99,5 Prozent der Wahllokale mit. Damit wird der Nachfolger des gestorbenen Präsidenten Franjo Tudjman am 7. Februar in der Stichwahl bestimmt.

Mesic für Annäherung an Europa

Mesic und Budisa zeigten sich zum politischen Kampf um das höchste Staatsamt entschlossen. Mesic sagte, er erwarte einen überzeugenden Sieg. Falls er zum Präsident gewählt werden sollte, wolle er die Regierung bei der Annäherung Kroatiens an Europa unterstützen.

Der Politiker der Volkspartei (HNS), der letzter Präsident des alten Jugoslawien war, griff scharf Widersacher in Politik und Medien an, nachdem er kurz vor der Wahl beschuldigt worden war, mit dem alten jugoslawischen Geheimdienst zusammengearbeitet zu haben.

Gratulation von Budisa

Der Sozialliberale Budisa gratulierte Mesic zum vorläufigen Sieg in der ersten Runde. Er selbst rechne aber in der Stichwahl mit erheblichen Stimmenzugewinnen von Anhän-



Stipe Mesic (Mitte), umringt von seinen Anhängern, ist der aussichtsreichste Kandidat für die Stichwahl vom 7. Februar.

(Bild: Keystone)

gern der ausgeschiedenen sieben anderen Kandidaten.

Mate Granic von der abgewählten Regierungspartei HDZ kam nur auf 22,46 Prozent. Er sagte am Dienstag, er wolle keine Empfehlung für die Stichwahl abgeben. Seine Anhänger sollten selbst entscheiden. Granic kündigte an, er werde innerhalb der HDZ für personelle Veränderungen, ein neues Programm und andere Parteistrukturen kämpfen.

Machtwechsel

Die Wahlen waren nach dem Tod von Tudjman am 10. Dezember nötig geworden. Sie vollenden den Machtwechsel in Kroatien, nachdem das oppositionelle Mitte-Links-Bündnis aus sechs Parteien bereits die Parlamentswahlen am 3. Januar gewonnen hatte. Die einstige

jugoslawische Teilrepublik war unter Tudjman zunehmend ausserpolitisch isoliert.

Die künftige Mitte-Links-Regierung in Kroatien setzt nach ihrem Wahlsieg auf einen schnelleren Anschluss an die Europäische Union. Das habe der designierte Ministerpräsident Ivica Racan am Montag erklärt, berichtete die staatliche Nachrichtenagentur Hina.

Konkrete Schritte

Er wolle den EU-Aussenministern bei einem Treffen in Brüssel am 14. Februar konkrete Schritte vorschlagen. Racan kündigte an, im zweiten Wahlgang Budisa zu unterstützen. In der Mitte-Links-Koalition Racans sind sowohl Budisas Sozialliberale Partei als vier zentristische Parteien unter Mesics Führung vertreten.

CDU gegen Rückzahlung

BERLIN: Trotz Distanzierung von ihrem früheren Finanzgebaren wollen sich die deutschen Christdemokraten (CDU) gegen überzogene Strafgebühren und Rückzahlungs-Forderungen juristisch zur Wehr setzen. Angesichts der Diskussion um mögliche Strafen bis zu 400 Millionen Mark liess CDU-Bundesgeschäftsführer Willi Hausmann am Dienstag erkennen, dass die Partei derzeit nur Rückzahlungen der illegalen Bargeldspenden in Höhe von zwei Millionen Mark juristisch akzeptieren wolle. Dabei handelt es sich um die Gelder, die Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl von 1993 bis 1998 angenommen hatte. Aus den Erklärungen der Partei zum Bericht der Wirtschaftsprüfer wurde auch deutlich, dass die Unklarheiten über die Herkunft von insgesamt zehn Millionen Mark in den Jahren 1989 bis 1992 grösser sind als bisher angenommen. Hausmann erklärte, die CDU habe aus seiner Sicht die Zahlung von Strafgebühren wegen der nicht verbuchten Bargeldspenden für Kohl abgewendet. Die Partei habe sich selbst in dieser Hinsicht angezeigt, was die Rückforderung in Höhe des zweifachen oder dreifachen Betrages ausschliesse. Die CDU will vorerst die Entscheidung von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse abwarten. Am 15. Februar ist die nächste Abschlagszahlung an die CDU im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung fällig. Erst dann will sich Thierse äussern und die Summe festlegen. Die Wirtschaftsprüfer konnten bisher nicht klären, woher die ungeklärten zehn Millionen Mark stammen.